



Beschlussvorlage Nr.:	115/2025	Datum:	07.07.2025
Beratungsart:	<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich	

Beratungsfolge			
Nr.		Stadtvertretung / Fachausschuss	Sitzungstag
1		Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur	
2	x	Bildungsausschuss	14.07.2025
3		Ausschuss für Umwelt und Verkehr	
4	x	Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauwesen	14.07.2025
5		Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, öffentliche Sicherheit und Digitalisierung	
6	x	Hauptausschuss	23.07.2025
7	x	Stadtvertretung	24.07.2025

X	nachrichtlich: Junger Rat
---	---------------------------

Schluss- und Mitzeichnungen			
gez. Th. Haß	gez. Hansen	gez. Evers	
Bürgermeister	Büroleiterin	Amtsleitung	Sachbearbeitung

1. TOP: **Erweiterung Astrid-Lindgren-Schule,**
 hier: Neubetrachtung der Beschlusslage

2. Sachverhalt und Problemdarstellung:

Gemäß Punkt 11 des Beschlusses der Stadtvertretung am 2. November 2023 wurde der Bürgermeister beauftragt, für die Planung des anzustrebenden Bildungs- und Betreuungszentrums an der Astrid-Lindgren-Schule ein geeignetes Ingenieurbüro zu beauftragen, das Vergabeverfahren gemäß HOAI für die Leistungsphasen I-III vorzubereiten und durchzuführen.

Mit der Umsetzung dieses Beschlusses wurde die GMSH AöR im vergangenen Jahr beauftragt, ein Vergabeverfahren für entsprechende Planungsleistungen vorzubereiten, um im Zuge der Haushaltsumsetzung 2025 entsprechende Leistungen zu vergeben. Nunmehr bittet die GMSH AöR um Klarstellung bzw. Präzisierung der Aufgabenstellung für die zu beauftragenden Planungsleistungen im Rahmen des Vergabeverfahrens. Dazu gehören nach Auffassung der Verwaltung insbesondere die Punkte Doppelnutzung von Räumen sowie die Konkretisierung der Anzahl der Gruppen in der neuen KiTa.

Darüber hinaus ist die neue Förderkulisse zu betrachten, die sich zum einen aus dem Investitionsprogramm Ganztagsbetreuung (Förderung in Höhe von bis zu 85% der Investitionen) und zum anderen aus den in Aussicht stehenden Investitionsmitteln der Bundesregierung für Infrastrukturmaßnahmen ergeben.

Der Beschluss vom 2. November 2023 lautet wie folgt:

- 1. Die ALS-Grundschule soll 3-zügig am bestehenden Standort überplant werden. Dabei sind die Anforderungen an einen modernen Unterricht (Clusterschule) zu berücksichtigen.*
- 2. Es soll so geplant werden, dass im Bedarfsfall eine Erweiterung auf eine 4-Zügigkeit möglich ist.*
- 3. Zusätzlich soll auf dem Schulgelände eine Mensa entstehen sowie die notwendigen Räume für die Betreute Grundschule, später ggf. OGTS.*
- 4. Das Kinder- und Jugendhaus erhält alle Räume zurück und behält seine Eigenständigkeit.**
- 5. Eine neue KiTa soll auf der benachbarten Koppel entstehen. Sie soll für bis zu 6 Gruppen ausgelegt werden mit der Möglichkeit einer Erweiterung. Es ist auf eine möglichst geringe Grundfläche hinzuwirken.**
- 6. Die Bau- und Modernisierungsmaßnahmen sind als Gesamtkonzept zu erarbeiten und in einzelne Bauabschnitte zu unterteilen, damit der Schulbetrieb weiterlaufen kann.**
- 7. Für die Planungen ist eine noch zu bestimmende Summe im Haushalt 2024 einzustellen und es sind die Fördermöglichkeiten darzustellen.*
- 8. Das Vorgehen entspricht mit kleinen Änderungen der Variante 3 der Beschlussvorlage 075/2023.*
- 9. Die KiTa Schulstraße 14 bleibt erhalten.**
- 10. Alle bisherigen Beschlüsse des JSS und SKPP, die dem unter Punkt 1-9 genannten Vorgehen widersprechen, werden aufgehoben.*
- 11. Der Bürgermeister wird beauftragt, für die Planung des anzustrebenden Betreuungs- und Bildungszentrums an der Astrid- Lindgren- Schule ein geeignetes Ingenieurbüro zu beauftragen, das Vergabeverfahren gemäß HOAI für die Leistungsphasen I-III vorzubereiten und durchzuführen.**

Aus Sicht der Verwaltung sind zur Umsetzung des Beschlusses folgende Entwicklungen zu berücksichtigen, die evtl. zu einer Anpassung der hier hervorgehobenen Punkte des Beschlusses führen könnten:

- a) Mit Vorlage des Investitionsprogramms Ganztagsausbau am 17. Juni 2024 wurde bzgl. der Förderung der Investitionen für den Ganztagsausbau (in Höhe von 85% der

förderfähigen Kosten) sowie der Rahmenbedingungen Klarheit geschaffen. Hier sei auf drei Abschnitte verwiesen:

7.1 Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen sind grundsätzlich nur förderfähig, wenn der Antragsteller nachweist, dass die vorhandenen schulischen Räume den Unterricht und die Durchführung von Ganztags- und Betreuungsangeboten nicht ermöglichen können (Gebot der Doppelnutzung).

7.6 Bei der Planung und Durchführung der Investitionsmaßnahmen müssen Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen herangezogen werden. Bei der Mittelverwendung sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit einzuhalten.

8.3 Bei Neu- und Erweiterungsbauten ist eine gesonderte Erläuterung beizufügen, weshalb eine Nutzung vorhandener Räume entsprechend des Gebotes in Nr. 7.1 nicht möglich ist.

Aufgrund dieses Gebots der **Doppelnutzung**, welches bei Beschlussfassung im November 2023 noch nicht bekannt war, ist zu diskutieren, ob der Punkt 4 der Beschlussfassung neu anzudenken ist. Derzeit findet im Kinder- und Jugendhaus eine Doppelnutzung für die Ganztagsbetreuung statt. Aus dargestellten wirtschaftlichen Gründen ist zu überlegen, ob dies in Zukunft zumindest partiell weitergelebt werden sollte.

- b) Aus den Verwaltungsvorlagen SM 43 und 43b/2025 geht der hohe bauliche **Sanierungsbedarf** mit entsprechenden Empfehlungen für die Kindertagesstätte Schulstraße hervor. Eine solche Sanierung des Kita-Gebäudes Schulstraße und der Erstellung von Ersatzräumlichkeiten für die derzeit genutzten Container auf dem Gelände der Kita Schulstraße wäre eine zusätzliche, hohe Investition, die zeitnah angegangen werden müsste. Aufgrund dessen wäre anzudenken, die KiTa Schulstraße aufzulösen (Punkt 9) und am neuen Standort Suput gleich mit neun Gruppen zu planen (Punkt 5). Auf eine bauliche Sanierung der Kita Schulstraße könnte in diesem Fall verzichtet werden.
- c) Das **Investitionsprogramm Ganztagsbetreuung** des Landes Schleswig-Holstein verspricht eine Förderung von baulichen Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der schulischen Ganztagsbetreuung an Grundschulen stehen, in Höhe von bis zu 85%. Diese Mittel müssen bis zum 31.12.2025 beantragt werden, sodass die Verwaltung (möglichst mit Unterstützung des Fachbüros Mumm, das die Grundlagenplanung durchgeführt hatte) diese Frist nutzen muss, um die Zuschüsse sicherzustellen. Parallel dazu führt die GMSH das Vergabeverfahren für die weiteren erforderlichen Planungsleistungen durch.
- d) Darüber hinaus stehen weitere Investitionsmittelzuschüsse im Raum, die von der Bundesregierung beschlossen wurden. Um diese nicht durch eine womöglich frühzeitig erfolgte Planung bzw. Vergabe zu gefährden, ist anzuraten, zunächst nur die mit der Ganztagsbetreuung verbundenen baulichen Maßnahmen zu beauftragen.

3. Lösungsvorschlag:

- a) Die Räume des Kinder- und Jugendhauses könnten weiterhin, dort wo es möglich und sinnvoll ist, auch für die schulische Ganztagsbetreuung (doppelt) genutzt werden und somit in die Planungen des zu beauftragenden Architekten miteinbezogen werden. Der Punkt 4 des Beschlusses vom 2.11.2023 müsste entsprechend neu formuliert werden.
- b) Die KiTa Schulstraße könnte mit allen Kindern bzw. Gruppen in der KiTa Suput aufgehen und sich mit der KiTa Pippi-Lotta komplett zur „KiTa Suput“ vereinen. Auf eine umfassende und teure Sanierung der KiTa Schulstraße wäre dann zu verzichten. Es stünde nur die Planung und Durchführung einer einzigen großen baulichen Maßnahme auf der Fläche Suput an. Synergien zeichnen sich hier deutlich ab. Die Punkte 5 und 9 des Beschlusses vom 2.11.2023 müssten entsprechend angepasst werden.
- c) Um Zuschüsse in Höhe von 85% aus dem Investitionsprogramm Ganztagsbetreuung zu erhalten, ist umgehend ein Förderantrag zu stellen. Da die entsprechende Frist am 31.12.2025 abläuft und es unrealistisch erscheint, dass das durch die GMSH zu ermittelnde Planungsbüro dies in der Kürze der Zeit umsetzen kann, ist das Planungsbüro Mumm, welches die Grundlagenermittlung vorgenommen hatte, zur Unterstützung der Antragerstellung mit heranzuziehen. Architekt Mumm hat auf eine diesbezügliche Anfrage bereits positiv reagiert. Die Punkte 6 und 11 des ursprünglichen Beschlusses vom 2.11.2023 müssten entsprechend verändert werden.

4. Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

Im städtischen Haushalt 2025 sind bei Maßnahmennummer (investiv) 21100785100 für die Gesamtplanung des Bildungs- und Betreuungszentrum an der Astrid-Lindgren-Schule Planungskosten in Höhe von 500.000€ bereitgestellt. Diese sind zunächst für die Planungsleistungen für die Ganztagsbetreuung vorzusehen.

Für die Haushalte der Jahre 2026 bis 2029 wären dann entsprechende Mittel für Planungsleistungen bzw. der Realisierung der weiteren Planungs- und Bauleistungen einzustellen.

Auf jeden Fall lassen Doppelnutzungen von Räumlichkeiten im Kinder- und Jugendhaus sowie der Verzicht auf Sanierungsmaßnahmen Kosteneinsparungen für die Gesamtmaßnahmen erwarten.

Zudem sind durch das Investitionsprogramm Ganztagsausbau Fördermittel in Höhe von bis zu 85%, somit ein Betrag in Millionenhöhe, zu erwarten. Ohne diesen Zuschuss, der dem Grundsatz der Konnexität entspricht, wird die Stadt Schwentimental sich solch einen Erweiterungsbau kaum leisten können.

Weitere Zuschüsse zu kommunalen Infrastrukturvorhaben sind seitens der Bundesregierung angekündigt worden. Diese sollen auch für die hier vorliegenden Planungen genutzt werden.

5. Beschlussempfehlung:

- a) Der Bildungsausschuss und der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauwesen empfehlen dem Hauptausschuss und der Stadtvertretung unten genannte Beschlüsse zu fassen:
- b) Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung unten genannte Beschlüsse zu fassen:
- c) Die Stadtvertretung beschließt:

a)

Der Beschluss vom 2. November 2023 zur Erweiterung der Astrid-Lindgren-Schule wird in den folgenden Punkten wie folgt geändert:

4. Das Kinder- und Jugendhaus behält seine Eigenständigkeit. Seine Räume sind partiell in die Planung für die Ganztagsbetreuung im Sinne einer wirtschaftlichen und funktionalen Doppelnutzung miteinzubeziehen.

5. Eine neue KiTa soll auf dem Grundstück Suput mit 9 Kita- Gruppen entstehen. Sie soll entsprechend alle Kita-Gruppen der bisherigen KiTa Pippi-Lotta und der KiTa Schulstraße vereinen. Es ist auf eine möglichst geringe Grundfläche hinzuwirken.

6. Die Bau- und Modernisierungsmaßnahmen sind als Gesamtkonzept anzudenken und in einzelne Bauabschnitte zu unterteilen, damit der Schulbetrieb weiterlaufen kann. Die mit der Ganztagsbetreuung verbundenen Neu- und Umbauten sind in einem ersten Schritt zur Sicherung entsprechender Fördermittel umzusetzen. Die weiteren Baumaßnahmen für Schule und Kita sind später im Einklang mit zukünftigen Förderprogrammen umzusetzen.

9. Die KiTa Schulstraße 14 wird perspektivisch aufgelöst.

11. Der Bürgermeister wird beauftragt, zunächst für die Planung der mit der Ganztagsbetreuung verbundenen Baumaßnahmen an der Astrid- Lindgren- Schule die GMSH zu beauftragen, das Vergabeverfahren für die Planungsleistungen der Leistungsphasen I-III vorzubereiten und durchzuführen, um ein geeignetes Planungsbüro zu finden. Für die weiteren Baumaßnahmen nach Punkt 6 wird der Bürgermeister ermächtigt, ebenfalls der GMSH den Auftrag zur Durchführung der Vergabeverfahren für die notwendigen Planungsleistungen (Leistungsphasen I-III) zu erteilen.

b)

Ein dementsprechender **Förderantrag** bzgl. des Investitionsprogramms Ganztagsbetreuung ist mit Unterstützung des Büros Mumm fristgerecht bis 31.12.2025 zu stellen. In diesen Förderantrag sind alle Baumaßnahmen aufzunehmen, die mit dem Neubau und den damit einhergehenden Umbaumaßnahmen auf dem Schulgelände verbunden sind. Der Bürgermeister wird ermächtigt, alle dazu nötigen Schritte einzuleiten und das Büro Mumm mit den dafür notwendigen Leistungen zu beauftragen.

	Abstimmung					
	Dafür	Dagegen	Enthaltungen	Kenntnisnahme	Vertagung	Keine Abstimmung
BI 14.07.25						
BA 14.07.25						
HA 23.07.25						
StV 24.07.25						